

## Einkommensrunde der Länder

# Bereit für die Forderungsfindung

dbb rheinland-pfalz und dbb saar diskutierten engagiert mit Fachbereichsvorstand Tarif auf der sechsten Regionalkonferenz in Mainz

(mit dbb) Auch zum Abschluss wurde noch einmal engagiert diskutiert: Mit einer letzten Veranstaltung in Mainz sind am 21. September 2023 die bundesweiten dbb Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu Ende gegangen. Kolleginnen und Kollegen aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften in Rheinland-Pfalz und dem Saarland brachten sich in Mainz in großer Zahl aktiv ein. Die Teilnehmenden haben klargestellt, dass sie von der Arbeitgeberseite viel erwarten.

### ► Gute Argumente leben von tatkräftiger Unterstützung

dbb Tarifchef Volker Geyer betonte gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass sie sich auf eine schwierige Einkommensrunde einstellen müssten. „Die Vertreterinnen und Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden uns nichts schenken. Die rationalen Argumente, die für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen sprechen – ich nenne nur die Stichworte hohe

Arbeitsbelastung, Personalprobleme, Inflation –, werden alleine nicht ausreichen, um erfolgreich zu sein“, machte Geyer deutlich und appellierte: „Nur wenn wir uns alle zusam-

me die Forderungsfindung gehen können.“ Der Erfolg der Regionalkonferenzen sei in erster Linie der regen Beteiligung der Gewerkschaften und Landesbünde zu verdanken, die

bünde ist die Arbeit nach den Verhandlungen in Potsdam noch längst nicht getan.“

Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, bekräftigte,

dass die dbb Landesbünde und die Mitglieder über die Landesgrenzen hinweg an einem Strang ziehen: „Wir fordern unsere Landesregierungen auf, alle Ergebnisse im Anschluss auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Und das in jedem Land. Denn es bringt nichts, wenn sich die Länder beim



► dbb Tarifchef Volker Geyer, dbb Landeschefin Lilli Lenz und dbb Tarifchef Rheinland-Pfalz, Peter Mertens (von links).

men für ein gutes Verhandlungsergebnis einsetzen, können wir etwas erreichen. Dafür kämpfen wir in Potsdam am Verhandlungstisch und wir alle gemeinsam, wenn notwendig, auch auf der Straße.“

Insgesamt zog Geyer eine positive Bilanz der Regionalkonferenzen: „Dieses neue Format hat sich als äußerst effektiv erwiesen. Der Austausch zwischen uns und den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie zwischen ihnen untereinander hat uns vielfältige Perspektiven aufgezeigt, mit denen wir nun in

überall mit großem Engagement daran teilgenommen haben.

### ► Landesbünde ziehen an einem Strang

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, ergänzte: „Auf uns in Rheinland-Pfalz ist wie immer Verlass. Wir werden uns auch diesmal wieder auf allen Ebenen aktiv einbringen – von der Forderungsdiskussion über die Verhandlungen und mögliche Aktionen bis zur Umsetzung der Ergebnisse für alle Statusgruppen. Denn für uns als Landes-

Wettbewerb um den Nachwuchs gegenseitig Konkurrenz machen. Dann verlieren letztendlich alle.“

### ► Forderung beschließen, Verhandlungen starten

Jetzt wird in den Gremien weiterdiskutiert. Am 11. Oktober werden dann die Forderungen beschlossen. Die Verhandlungen starten am 26. Oktober 2023.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Sonderseite unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde). ■

## Ländereinkommensrunde

# Kein Grund zur Bescheidenheit

Bundesweiter Regionalkonferenzen-Reigen des dbb

Am 11. Oktober 2023 wird der dbb seine offiziellen Forderungen für die danach beginnende Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – beschließen. Da muss der Forderungshorizont gut abgesteckt sein.

Deshalb wurden sechs Regionalkonferenzen ange-  
setzt, in denen dbb Mitglie-  
der diskutierten, welche  
Themen ihnen mit Blick auf  
die Verhandlungen wichtig  
sind und wie diesbezügliche  
Durchsetzungsstrategien  
aussehen.

### > **Wie ist die Lage?**

Allen Konferenzen gemein  
war zunächst das gemeinsa-  
me Eingrooven per Lageana-  
lyse. Schon in der Auftakt-  
konferenz am 5. September  
in Düsseldorf stellte der stell-  
vertretende dbb Bundesvor-  
sitzende und Bereichsvor-  
stand Tarif, Volker Geyer, fest:  
„Der öffentliche Dienst arbei-  
tet seit Jahren im Krisenmo-  
dus. Seit langer Zeit bekannte  
Probleme wie die schwierige  
Nachwuchs- und Fachkräfte-  
gewinnung oder die mangel-  
hafte Digitalisierung wurden  
dadurch noch mal verschärft.  
In wesentlichen Bereichen  
der öffentlichen Daseinsfür-  
sorge, wie etwa bei Bildung,  
Sicherheit oder Infrastruktur,  
sind die Defizite mittlerweile  
unübersehbar – nicht nur für  
die Beschäftigten, sondern  
auch für die Bürgerinnen und  
Bürger. Die meisten dieser  
Herausforderungen muss die  
Politik sehr grundsätzlich an-  
gehen, sie können nicht am  
Tarif Tisch gelöst werden.  
Aber: Wir können wichtige  
Weichen stellen, denn gerade  
die Bezahlung ist selbstver-  
ständlich ein entscheidender



Faktor für die Personalgewin-  
nung und -bindung. Gerade  
angesichts der Inflation ei-  
nerseits und der Haushaltsla-  
ge vieler Länder andererseits  
wird das ein hartes Ringen.  
Aber die Beschäftigten sind  
entschlossen und im Fall der  
Fälle bereit für einen langen  
Arbeitskampf, das ist bereits  
jetzt zu spüren.“

Roland Staude, der Chef des  
DBB Landesbunds Nordrhein-  
Westfalen, unterstrich:

„Wir werden vermutlich in  
dieser Einkommensrunde  
mehr denn je einen langen  
Atem brauchen. Denn selbst  
wenn wir in den drei verein-  
barten Verhandlungsrunden  
mit der TdL zu einem an-  
nehmbaren Ergebnis kom-  
men, müssen auf dieser  
Grundlage in den Ländern  
auch noch Besoldung und  
Versorgung angepasst wer-  
den. Das wird nicht leicht.  
Angesichts von etwa 26 000  
Leerstellen in der Verwal-  
tung erwarte ich aber ge-  
rade von unserer Landes-  
regierung hier in NRW klare  
Signale an die Beschäftigten.  
Die Kolleginnen und Kolle-  
gen halten das Land trotz  
vieler Widrigkeiten am Lau-  
fen. Aber Politik muss das  
auch ermöglichen. Das for-  
dern wir ein – zur Not auch  
lautstark und auf der Stra-  
ße.“

### > **Was muss passieren?**

Die Arbeitgeber lassen Jahr  
um Jahr verstreichen, ohne  
die zahlreichen Baustellen  
ernsthaft anzugehen. Aber  
auch gute Argumente werden  
nur gehört, wenn sie lautstark  
und mit Nachdruck vorgetra-  
gen werden.

In Leipzig war das zu hören,  
als sich Mandatsträgerinnen  
und -träger aus Berlin, Bran-  
denburg, Sachsen, Sachsen-  
Anhalt und Thüringen mit  
Tarifvertretern der dbb-  
Bundesgeschäftsstelle am  
6. September 2023 zur  
zweiten Regionalkonferenz  
trafen.

Auch das Thema „Aktionsfä-  
higkeit erhöhen und sichtbar  
werden“ stand im Fokus der  
Veranstaltung.

„Wenn wir in gut einem Mo-  
nat in Berlin unsere Forde-  
rung zur Einkommensrunde  
mit den Ländern beschlie-  
ßen, darf das kein frommer  
Wunschzettel sein. Es gibt  
aber auch keinen Grund zur  
Bescheidenheit. Denn wir  
haben in den Krisen der letz-  
ten Jahre gezeigt, dass wir  
im öffentlichen Dienst der  
Stabilitätsanker des Landes  
sind. Zugleich wird immer  
deutlicher, dass die Spar-  
politik der letzten Jahre die  
Leistungsfähigkeit auch des  
Landesdienstes mittlerweile  
ernsthaft infrage stellt.  
Die Länder stehen in der  
Pflicht!“, so der dbb Tarifchef  
Volker Geyer.

Iris Herfurth, stellvertretende  
Landesvorsitzende des dbb  
sachsen-anhalt, betonte: „Wir  
müssen gemeinsam agieren,  
Beamte und Arbeitnehmende.  
Die anstehende Einkommens-

runde wird schwer und wenn  
wir am Ende erfolgreich sein  
wollen, müssen beide Status-  
gruppen mitziehen.“

Während der Diskussion  
wurde deutlich, dass die Er-  
wartungen der Kolleginnen  
und Kollegen an die Einkom-  
mensrunde – zu Recht –  
hoch sind. Um diese zu einer  
Forderung zu bündeln und  
letztlich auch durchsetzen  
zu können, braucht es aber  
auch ein starkes und ge-  
schlossenes Auftreten. Hier-  
in waren sich die Teilneh-  
menden einig.

Einigkeit in diesem Sinne  
herrschte auch auf der Re-  
gionalkonferenz für Baden-  
Württemberg am 12. Sep-  
tember 2023 in der Nähe  
von Stuttgart. BBW-Landes-  
chef Kai Rosenberger erklär-  
te: „Bei den anstehenden  
Tarifverhandlungen des TV-L  
muss die Chance genutzt  
werden, die Reallohnverluste  
der vergangenen zwei Jahre  
zu kompensieren und faire  
Bedingungen für die Be-  
schäftigten im öffentlichen  
Dienst sicherzustellen.“

Die Stimmung auf der Re-  
gionalkonferenz war eindeutig:  
Wir werden unsere berech-  
tigten Forderungen wieder nur  
mit Aktionen und wahrschein-  
lichen Warnstreiks durchset-  
zen können. Dazu steht man  
bereit im Südwesten.

Die Tarifverhandlungen star-  
ten dann am 26. Oktober in  
Berlin und werden am 2./3.  
November und 7. bis 9. De-  
zember in Potsdam fort-  
geführt.

Weitere Informationen finden  
sich im Netz unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde). ■

dbb jugend rheinland-pfalz

# Landesjugendausschuss in Idar-Oberstein

Termin: 10. November 2023

Die Landesjugendleitung der dbb jugend rheinland-pfalz hat die Jugendvertretungen der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände per Ausschreibung zur Teilnahme am diesjährigen Landesjugendausschuss eingeladen.

Der Landesjugendausschuss der dbb jugend rheinland-pfalz findet dieses Jahr am Freitag, dem 10. November 2023, ab 10 Uhr im Berghotel Kristall, Wiesenstraße 50, in 55743 Idar-Oberstein statt.

Im Anschluss an die Tagung findet eine Abendveranstaltung statt, die die dbb jugend rheinland-pfalz organisiert hat.

Wer mag, kann vor Ort übernachten.



> dbb Landesjugendleiter Florian Neumann

Die Landes- beziehungsweise Bezirksjugendgruppen der Mitgliedsverbände/-gewerkschaften waren aufgerufen, Anträge und Anfragen zu stellen. Diese waren bis zum 29. September 2023 schrift-

lich bei der Landesjugendleitung einzureichen.

Weitere Informationen und Unterlagen werden rechtzeitig an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer übersandt.

Die Landesjugendleitung der dbb jugend rheinland-pfalz steht für Rückfragen gerne zur Verfügung unter der E-Mail-Adresse LJA@dbbj-rp.de.

Der Landesjugendausschuss ist das satzungshierarchisch zweithöchste Gremium der dbb jugend rheinland-pfalz. Der Landesjugendausschuss besteht aus den Mitgliedern der Landesjugendleitung, je einer Vertretung der Landesbeziehungsweise Bezirksjugendgruppen der Mitglieds-

verbände/-gewerkschaften und je einer Vertretung der Regionalverbände der dbb jugend rheinland-pfalz. Das Gremium tritt grundsätzlich einmal jährlich zusammen. Der Landesjugendausschuss nimmt die Aufgaben des Landesjugendtages mit Ausnahme der Satzungsänderung und der Wahlen – sofern keine Nachwahl in der Leitung ansteht – wahr.

Der Landesjugendausschuss dient dem Erfahrungsaustausch und befasst sich mit jugendgewerkschaftspolitischen Fragen, nimmt den Geschäftsbericht sowie den Kassenbericht der Landesjugendleitung entgegen und verfestigt die Jugendarbeitsrichtlinien des Landesjugendtages. ■

## Verwaltungsgericht Koblenz

# Keine finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub ...

... der über den Mindesturlaub hinausgeht

Ein Beamter kann bei einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand eine finanzielle Abgeltung von nicht genommenen Urlaubstagen nur dann verlangen, soweit im entsprechenden Kalenderjahr der unionsrechtlich gewährleistete Mindesturlaubsanspruch von 20 Tagen nicht ausgeschöpft worden ist. Dies entschied das Verwaltungsgericht Koblenz und wies die Klage eines Ruhestandsbeamten ab (Urteil vom 9. Mai 2023, Az.: 5 K 1088/22.KO).

Der im Januar 2022 vorzeitig in den Ruhestand versetzte Beamte hatte im Jahr 2020 insgesamt 23 Urlaubstage und einen sogenannten Arbeitsverkürzungstag in Anspruch genommen. Nachdem sein Antrag auf finanzielle Abgeltung von im Jahr 2020 nicht genommenen Urlaubstagen einschließlich vorhandener Resturlaubstage abgelehnt worden war und auch sein hiergegen gerichteter Widerspruch keinen Erfolg hatte, klagte er.

Die Klage hatte keinen Erfolg. Nach den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften könne ein vorzeitig in den Ruhestand versetzter Beamter eine finanzielle Abgeltung von Urlaubstagen nur in Höhe des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubs von 20 Tagen verlangen, so die Koblenzer Richter. In dem betreffenden Urlaubsjahr bereits abgewickelter Erholungs- oder Zusatzurlaub sei auf diesen Mindestjahresurlaub anzurechnen, unabhängig davon, zu wel-

chem Zeitpunkt der Anspruch entstanden sei. Es komme nur darauf an, ob und wie viel Urlaub der Betreffende im konkreten Jahr bereits genommen habe. Unerheblich sei somit, ob es sich dabei um einen neuen oder um alten, also aus dem vorangegangenen Urlaubsjahr übertragenen Urlaub handele. Da der Kläger mehr als 20 Tage Urlaub im Jahr 2020 in Anspruch genommen habe, scheidet eine finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub aus. ■